

Thomas Wagner

Das Netz in unsere Hand!

Vom digitalen Kapitalismus
zur Datendemokratie

Mit einem Vorwort
von Sahra Wagenknecht

PapyRossa Verlag

© 2017 by PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln
Luxemburger Str. 202, 50937 Köln
Tel.: +49 (0) 221 – 44 85 45
Fax: +49 (0) 221 – 44 43 05
E-Mail: mail@papyrossa.de
Internet: www.papyrossa.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Verlag
Coverbild: Digital Vision / Getty Images
Druck: Interpress

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

ISBN 978-3-89438-635-1

Inhalt

Vorwort von Sahra Wagenknecht

Stoppt die digitale Enteignung!

Google, Facebook und Co. bedrohen die Demokratie:

Das Internet gehört in Bürgerhand 7

1. Einleitung

Der steinige Weg zu einer fortschrittlichen Netzpolitik 10

2. Ein schlechtes Geschäft

Wie wir als Internetnutzer um
unser Eigentum gebracht werden 23

3. Simulierte Partizipation

Die Netzdemokratie bleibt bis auf weiteres eine Utopie 37

4. Wachstum durch Zerstörung

Die Dynamik des digitalen Plattformkapitalismus 48

5. Innovative Fortschrittsbremse

Warum Amazon ein Problem für die Demokratie ist 55

6. Digitale Tagelöhnerie

Crowdsourcing und prekäre Arbeit 59

7. Sharing Economy

Oder: Teilen als Ideologie 65

8. Digitale Kollaboration

Wie unser Bibliothekswesen unterwandert wird 72

9. Kollektives Versagen

Wie Google die europäische Presse einbindet 78

10. Nicht für die Gesellschaft, für die Start-ups forschen sie	82
11. Transhumanismus Oder: Wie das Silicon Valley den Menschen überwinden will	87
12. Größenwahn und Monopole Die Ideologie technologischer Machbarkeit	96
13. Das Netz ist nicht kaputt, sondern von Konzernen beherrscht Warum eine reine Datendebatte zu kurz greift	106
14. Kampf dem Todesstern Ein anderes Internet ist möglich	122
15. Wir brauchen keine Google-Institute Forschung muss unabhängig sein	126
16. Amazon mit den eigenen Mitteln schlagen Auf der Suche nach Alternativen zum digitalen Plattformkapitalismus	130
17. »Industrie 4.0« und das »Internet der Dinge«	135
18. Digitale Plattformen in die Hand der Produzenten	140
19. Netflix ist keine Lösung Warum die Erneuerung öffentlich-rechtlicher Medien notwendig ist	145
20. Aus privat mach öffentlich! Wie das Internet demokratisiert werden kann	151
Danksagung	161
Literatur	162

20. Aus privat mach öffentlich!

Wie das Internet demokratisiert werden kann

Aus Gründen demokratischer Kontrolle ist eine Medienstrategie erforderlich, welche die Eigentumsverhältnisse zu verändern hilft. Nicht die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist das Gebot der Stunde, sondern das Nachdenken über von Werbung befreite, durch Steuern und Gebühren finanzierte öffentlich-rechtliche Internetdienste. Gesucht wird eine demokratische Alternative, die kapitalistischen Konzernen Paroli bieten kann. »Ein öffentlich-rechtliches Internet, eine gerechte Besteuerung der US-Medienkonzerne«²⁶⁸ und »die Entmachtung des neoliberalen Denkkollektivs« (ebd.) sind für den österreichischen Publizisten und *Falter*-Herausgeber Armin Thurnher dringende gesellschaftliche Aufgaben. Die von ihm geforderte »Rekonstruktion der Öffentlichkeit« (ebd.) verlangt bei den politischen Akteuren die Bereitschaft zu weitreichenden Reformen. Der IT-Berater und Autor Rainer Fischbach meint: »Leisten könnte das nur ein neuer Typus öffentlicher Institutionen, die physische und softwaretechnische Infrastruktur aufbauen und betreiben, ohne die private Aneignung von Gewinnen oder den Durchgriff der Exekutive zuzulassen. Mehr als es jemals die Parole »enteignet Springer« war, wäre heute ein »enteignet Google, Facebook etc.« an der Zeit.«²⁶⁹

268 Armin Thurnher, Ach Österreich! Europäische Lektionen aus der Alpenrepublik. Wien 2016, S. 170

269 Rainer Fischbach, Herrschaft ist ein Verhältnis zwischen Menschen, a. a. O.

Auf der Frankfurter Buchmesse 2015 hatte ich die Gelegenheit, mit Colin Crouch über dieses Thema zu sprechen. Auf meine Frage, ob nicht die Basisversorgung mit solchen stark nachgefragten Kommunikationsdienstleistungen in die öffentliche Hand überführt werden sollte, um die Macht der Internetmonopolisten einzudämmen, antwortete er: »Das ist ein sehr guter Vorschlag. (...) Wenn private Konzerne diese Medien kontrollieren, um Gewinn mit ihnen zu machen, ist das eine Gefahr für die Demokratie. Ein öffentlich-rechtliches Internet wäre daher sehr wichtig.«²⁷⁰ Ähnlich sieht es Kai Schlieter. Der *taz*-Redakteur und Autor eines aufrüttelnden Buchs über die Gefahren des heutigen Gebrauchs Künstlicher Intelligenz²⁷¹ meint: »Wir müssen dezentrale Strukturen der Datensammlung und Auswertung entwickeln. Dazu braucht es ein anderes ökonomisches System. Die Etablierung eines öffentlich-rechtlichen Internets wäre für den Anfang eine gute Idee.«²⁷²

Sahra Wagenknecht hält Gesetze, die regeln, was auf den Servern der Datenkraken wie lange gespeichert werden darf, für längst überfällig: »Denkbar wäre etwa die Verpflichtung, unsere digitalen Spuren – mit Ausnahme dessen, was wir selbst ausdrücklich speichern wollen – nach wenigen Tagen automatisch und vollständig zu löschen. Allerdings wäre damit dem kommerziellen Geschäftsmodell in vielen Bereichen der digitalen Ökonomie die Grundlage entzogen. An seine Stelle müssten daher öffentlich finanzierte, nicht gewinnorientierte Anbieter treten. Andernfalls dürfte uns in Zukunft für jedes Anklicken einer Suchmaschine oder die Eröffnung eines Accounts in einem sozialen Netzwerk Geld abverlangt werden, denn das wäre die kommerzielle Alternative zur Verwertung unserer Daten.«²⁷³

270 Colin Crouch (Gespräch), Es ist alles viel schlimmer geworden, in: junge Welt, 14.11.2015

271 Vgl. Kai Schlieter, Die Herrschaftsformel, a. a. O.

272 Kai Schlieter (Gespräch), Der Computer ist ein Abfallprodukt der Atombombe, in: junge Welt, 19.12.2015

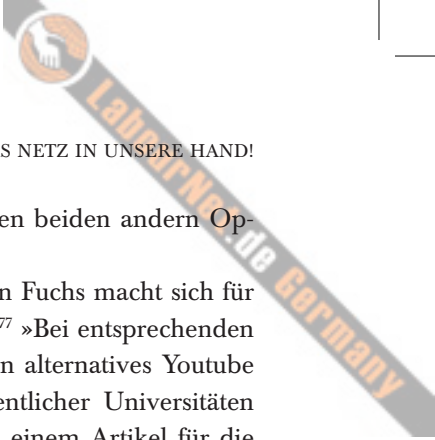
273 Sahra Wagenknecht, Reichtum ohne Gier, a. a. O., S. 283

Auch Evgeny Morozov schlägt vor, die Europäer sollten die »Daten in einen neuen gesetzlichen Rahmen stellen, womöglich dafür sorgen, dass sie grundsätzlich nicht verkauft werden dürfen, und dann kleinere Unternehmen mit der Entwicklung von Lösungen auf der Basis dergestalt geschützter Daten betrauen – von der Suchmaschine bis zur E-Mail.«²⁷⁴ Sogenannte soziale Medien sollten nicht mehr durch Werbung, sondern über »Gebühren, Abonnements, Steuern«²⁷⁵ finanziert werden. Es bräuchte »einen kostenlosen Basisdienst im Internet«, für den »weder mit Geld noch mit Werbung bezahlt« (ebd.) werde. Eine besser strukturierte Form von Wikipedia könnte mit öffentlichen Geldern zur Verfügung gestellt werden. Private Unternehmen wie Google hätten die Möglichkeit, erweiterte Leistungen zu verkaufen. »Wenn ich Ortungsdienste will oder andere Features, dann gegen eine Gebühr. Ich zahle 3 Dollar und gut ist.« (ebd.)

Morozovs Losung lautet: »Eliminiert die Werbeindustrie.« Dadurch soll der Automatismus unterbrochen werden, nach dem Unternehmen »immer mächtiger werden, je mehr Daten sie sammeln.« Entscheidend sei, wer die grundlegenden Daten und die zu ihrer Generierung erforderlichen Sensoren besitze und über die Infrastruktur des Netzes mitsamt ihren Datenströmen bestimme. Für den künftigen Umgang mit den Daten sieht Morozov drei Optionen: »Wir können alles so belassen, wie es ist, und Google und Facebook zentralisieren alles und sammeln sämtliche Daten mit der Begründung, sie hätten die besten Algorithmen und könnten entsprechend die besten Prognosen bieten etc. Wir können den Status von Daten dahingehend ändern, sie in den Besitz des Bürgers zu geben, der sie dann auch verkaufen kann. Oder die Bürger besitzen die Daten, ohne sie zu verkaufen, was uns eine mehr als bisher auf die Gemeinschaft bezogene Planung unseres Lebens ermöglichen

274 Evgeny Morozov (Gespräch), *Big Data für alle*, a. a. O., S. 53 f.

275 Evgeny Morozov (Gespräch), »Mir ist egal, ob ich lustig bin«, in: taz, 31.1.2015



würde. Ich persönlich ziehe diese letztere den beiden andern Optionen vor.«²⁷⁶

Auch der Medienwissenschaftler Christian Fuchs macht sich für gebührenfinanzierte »soziale Medien« stark.²⁷⁷ »Bei entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen könnte ein alternatives Youtube von ZDF, BBC oder einem Netzwerk öffentlicher Universitäten betrieben werden«,²⁷⁸ schrieb er zunächst in einem Artikel für die Tageszeitung *junge Welt*. In einem Gespräch mit dem österreichischen Magazin *Falter* weitete er seinen Vorschlag aus: »Wir brauchen ein europäisches Youtube, das von allen öffentlich-rechtlichen Medienanstalten in Europa gemeinsam betrieben wird. Das gesamte europäische Programmarchiv sollte dort bereitgestellt werden und Creative-Commons-Lizenzen verwenden, sodass Nutzer diese Inhalte weiterverwenden können.«²⁷⁹ Der an der University of Westminster in London lehrende Forscher erinnert daran, dass in Österreich die Presseförderung im Bereich der Printmedien ein Mechanismus ist, »um Monopolisierung abzuschwächen. Wir brauchen ähnliche Mechanismen im Onlinebereich, um die Konzentration der Webwirtschaft zurückzudrängen.« (ebd.) Er schlägt vor, den Rundfunkbeitrag zu einer Mediengebühr weiterzuentwickeln, die nicht nur von Haushalten, sondern vor allem von den großen im Internet agierenden Medienkonzernen bezahlt wird. Zudem hat er die Umleitung öffentlicher Gelder in Richtung alternativer Medienprojekte im Sinn. »Im Rahmen eines partizipativen Budgeting

276 Evgeny Morozov (Interview), *Big Data für alle*, a. a. O., S. 54

277 Als er während einer Podiumsdiskussion auf dem Berliner Zukunftskongress der Partei Die Linke im Jahr 2014 vorschlug, ein »öffentlich-rechtliches Internet« einzurichten, hielt ihm Halina Wawzyniak, die netzpolitische Sprecherin der Linken-Bundestagsfraktion, überraschenderweise entgegen: »Ich finde, diese Staatsgläubigkeit von Linken ist ein zentrales Problem in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.«

278 Christian Fuchs, *Digitale Klassengesellschaft*, a. a. O.

279 Christian Fuchs (Gespräch), *US-Konzerne dominieren Europas Internet*, in: *Falter* (9/2016)

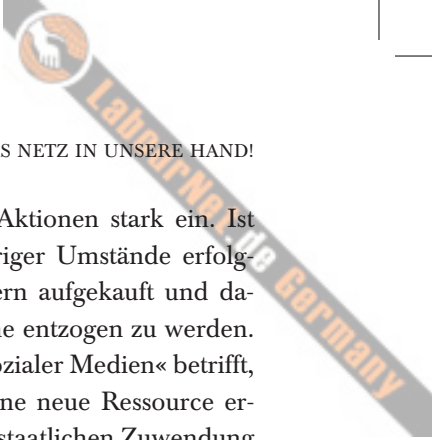
könnten Bürger einen Medienscheck erhalten, den sie an nichtkommerzielle Internet- und Medienprojekte spenden. Auf diese Weise könnten auch Internetplattformen eine Ressourcenbasis erhalten. Alternativen zu Facebook und Twitter in der Zivilgesellschaft könnten dadurch Wirklichkeit werden. Alternative Beschäftigungsformen im Rahmen nichtkommerzieller und öffentlicher Medienprojekte könnten gestärkt werden.«²⁸⁰ Zu den bekanntesten Alternativangeboten gehören das 2010 von vier New Yorker Studenten ins Leben gerufene Projekt *Diaspora** sowie *kaioo*.

Der Erfolg von Wikipedia hat gezeigt, dass solche Medien auch innerhalb eines kapitalistischen Rahmens etabliert werden können.²⁸¹ In der Regel leiden die entsprechenden Projekte jedoch an einer chronischen finanziellen Unterversorgung. Eine Untersuchung des Gebrauchs »sozialer Medien« durch Aktivisten der Occupy-Bewegung hat die Stärken und Schwächen nichtkommerzieller Plattformen wie *Occupii*, *N-1* oder eben *Diaspora** deutlich werden lassen.²⁸² Positiv zu Buche schlägt, dass sie naturgemäß ohne Überwachung, Zensur und Ausbeutung durch ein kapitalistisches Unternehmen auskommen. Zudem ist ihre Überwachung für staatliche Behörden tendenziell schwieriger. Solche von Aktivisten betriebenen »sozialen Medien« eignen sich daher gut für die Kommunikation innerhalb von politischen Gruppen. Doch ist ihr regelmäßiger Betrieb in der Regel prekär, da er überwiegend auf unbezahlter Arbeit und unregelmäßigen Spenden beruht. Die Bedienung ist manchmal auch nicht so bequem, wie viele Nutzer es von kommerziellen Anbietern gewohnt sind. Außerdem sind die jenseits der Aktivisten-szene weitgehend unbekannt nichtkommerziellen Plattformen in Konkurrenz zu den großen Konzernmedien meist nicht in der Lage, eine größere Menge von Menschen zu erreichen. Das schränkt ihren

280 Christian Fuchs, *Digitale Klassengesellschaft*, a. a. O.

281 Vgl. zu alternativen Plattformen: Christian Fuchs, *Social Media. A critical Introduction*, London 2014, S. 264

282 Vgl. Christian Fuchs, *Occupy Media*, Winchester/Washington 2014, S. 130-138



Gebrauchswert zum Beispiel für politische Aktionen stark ein. Ist eine nichtkommerzielle Plattform trotz widriger Umstände erfolgreich, droht sie von kommerziellen Anbietern aufgekauft und damit der kapitalismuskritischen Alternativszene entzogen zu werden. Was die prekäre Finanzierung alternativer »sozialer Medien« betrifft, könnte durch das partizipative Budgeting eine neue Ressource erschlossen werden. Gegenüber einer direkten staatlichen Zuwendung würde die Gefahr der Einflussnahme bzw. Zensur durch gezielten ökonomischen Druck wegfallen.

Was nun die Einrichtung neuer öffentlich-rechtlicher Internetplattformen betrifft, müsste zunächst eine große Hürde genommen werden. Auf die Europäische Union wäre ausreichend Druck auszuüben, um neoliberale Dogmen zu entsorgen und das Wettbewerbsrecht den Erfordernissen eines demokratischen Gemeinwesens anzupassen. »Selbst wenn in Europa mehr linke Parteien an die Macht kämen, wären sie mit dem Umstand konfrontiert, dass die meisten hoch problematischen Entwicklungen – (...) wie die Privatisierung von Infrastruktur oder »Startup-Lösungen« für alle die Wirtschaft betreffenden Probleme –, dass all diese Dinge auf EU-Ebene bereits so weit vorangetrieben wurden, dass nationale Institutionen kaum mehr darüber entscheiden können. Deswegen setzt eine vernünftige Agenda von links auch eine kritische, wenn nicht sogar oppositionelle Haltung zum europäischen Projekt, so wie es heute existiert, voraus«,²⁸³ meint Evgeny Morozov. »Man stößt an Kartellgrenzen. Wenn ARD und ZDF mit dem ORF etwas machen, kommen wir in Brüssel nicht durch. Wenn aber Netflix alles kauft, haben sie kein Problem«,²⁸⁴ beschreibt ORF-Chef Alexander Wrabetz die gegenwärtige Misere. Einem Fortschritt steht seitens der EU gegenwärtig vor allem jene Regelung entgegen, nach der die Einführung neuer

283 Morozov, Evgeny (Gespräch), Don't believe the Hype; in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 3/2015, S. 15

284 Alexander Wrabetz: Medien und Antimedien (Gespräch), in: Falter, Nr. 40/2016, 5.10.2016, S. 23 f.

Dienstleistungen durch öffentlich-rechtliche Unternehmen einem sogenannten Public Service Test zu unterziehen ist. Falls das *ZDF* oder der *ORF* eine Plattform einrichten wollten, auf der Nutzer Videos teilen, wäre dies aus EU-Sicht heute nicht möglich. Denn dieses Angebot würde mit der von Google aufgekauften Plattform Youtube konkurrieren. Das heutige Recht wertet das als unzulässige Verzerrung des Wettbewerbs.²⁸⁵ Diese Argumentation ignoriert die Tatsache, dass es weltweit operierende private Monopolunternehmen wie Google und Facebook sind, die heute einen großen Teil dessen kontrollieren, was einmal die demokratische Öffentlichkeit im Internet werden könnte. Um diese zu realisieren, muss die ökonomische Macht der Konzerne entschieden bekämpft werden. »Wer eine demokratische Gesellschaft will, muss den ›Räuberbaronen‹, die sich heute die Staaten unterworfen haben, die Macht nehmen«,²⁸⁶ schreibt Sahra Wagenknecht.

Bei der Einrichtung öffentlich-rechtlicher Medien müsste selbstverständlich darauf geachtet werden, dass hinreichende Vorkehrungen zum Schutz gegen politische und privatwirtschaftliche Einflussnahme getroffen werden. Colin Crouch meint, dass es »Einwände gegen öffentlich-rechtliche Medien (gibt), die begründet sind. Öffentlich-rechtliche Rundfunksender stehen beispielsweise häufig unter dem Druck, dem Willen staatlicher Instanzen zu entsprechen. Deshalb ist es wichtig, dass der Staat bei der Einrichtung von Institutionen, die von seiner Finanzierung abhängig sind, darauf achtet, dass diese gegen staatliche Eingriffe geschützt sind. Eine gewisse Unabhängigkeit ist notwendig, damit Universitäten oder Medien relevantes Wissen produzieren können.«²⁸⁷ Im Hinblick auf den Rundfunk hat der ehemalige Verfassungsrichter Dieter Grimm die komplexe Aufgabenstellung wie folgt beschrieben: »Der öffentlich-

285 Vgl. Christian Fuchs, *Culture and Economy in the Age of Social Media*, New York/London 2015, S.363f.

286 Sahra Wagenknecht, *Reichtum ohne Gier*, a. a. O., S. 115

287 Colin Crouch (Gespräch): *Es ist alles viel schlimmer geworden*, a. a. O.

rechtliche Rundfunk ist für politische Einflussnahme anfällig, weil der Staat ihn einrichtet, rechtlich ausgestaltet und finanziert. Der private ist für Instrumentalisierung im Interesse der Wirtschaft anfällig, weil er von Werbeeinnahmen abhängt. Davor soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk gerade durch die Gebühren- oder Beitragsfinanzierung bewahrt werden. Ein Vehikel politischen Einflusses auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind die Aufsichtsgremien, die Rundfunk- und Fernsehräte. Sie sind die Lösung des Problems, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk einerseits kontrolliert werden muss, andererseits wegen des Gebots der Staatsfreiheit aber nicht vom Staat kontrolliert werden darf. Die Aufsichtsgremien sind als gesellschaftliche Gremien konzipiert. Aber es sind auch Inhaber staatlicher Ämter oder Mandate in ihnen vertreten, in besonderer Dichte im Verwaltungsrat des ZDF. Das ist unter dem verfassungsrechtlichen Gesichtspunkt der Staatsferne problematisch.«²⁸⁸

Insofern ist es dringend geboten, von der in dieser Hinsicht fatalen Entwicklung des gebührenfinanzierten Fernsehens in Deutschland zu lernen. Doch sollte bei aller Vorsicht eine von Colin Crouch formulierte Einsicht nicht unterschlagen werden: »In vielen Ländern achten staatlich beaufsichtigte Rundfunkanstalten weit besser auf die Integrität der von ihnen vermittelten Informationen, als es unregulierte private Medien für gewöhnlich zu tun pflegen. Und in Ländern, in denen die Aufsichtsbehörden auf einer politisch ausgewogenen Berichterstattung bestehen, ist es um diese in aller Regel besser bestellt als in Ländern, in denen die Medienaufsicht weniger strengen und eher neoliberalen Vorstellungen folgt.«²⁸⁹ Christian Fuchs meint daher: Wenn die Unabhängigkeit öffentlicher Institutionen gestärkt werde, müsse das nicht notwendigerweise zu mehr staatlicher Überwachung führen.²⁹⁰ Und Morozov betont, dass soziale Netzwerke, die eine Alternative zu Privatunternehmen wie Google und

288 Dieter Grimm (Gespräch), Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk ..., a. a. O.

289 Colin Crouch, Die bezifferte Welt, a. a. O., S. 211

290 Christian Fuchs, Digitale Klassengesellschaft, a. a. O.

Facebook darstellen sollen, nicht vom Staat geleitet werden müssen: »Aber die Mindestvoraussetzung wäre das eine oder andere Gesetz, um den rechtlichen Status von Daten zu ändern, und dazu braucht es den Staat. Je weniger der Staat darüber hinaus involviert wäre, desto besser. (...) Es gibt durchaus Möglichkeiten, diese Art von Datenspeicherung, Dateneignerschaft und Datennutzung strukturell so zu formulieren, dass sie nicht automatisch auf einen zentral geplanten und gemanagten Speicher hinausläuft. Nur weil der den Bürgern gehört, muss ihn nicht notwendigerweise der Staat leiten.«²⁹¹ So lange Konzerne wie Google, Amazon, Facebook und Co. im Internet das Sagen haben, ist das Gerede von seinen partizipativen Möglichkeiten vor allem eins: Ideologie im Interesse der Konzerne. Es geht um die Rückeroberung des öffentlichen Raums.

Dieser Auffassung ist auch Christoph Keese: »Die in Staaten wie Deutschland und Österreich gut definierten Grenzen des öffentlichen Raums erodieren. Sie müssen verteidigt werden. Wenn die Schulen verlottern, die Lehrer schlecht ausgebildet werden und es zu viele Ausfallstunden gibt, dann nehmen das die Privaten in die Hand. Das Ergebnis ist eine Verwahrlosung des öffentlichen Raums und eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in arm und reich. Die Reichen werden immer Wege finden, um ihre Kinder digital zu bilden, die Armen hingegen nicht.«²⁹² Dringend benötigt werden politische Reformen, die dem Namen noch gerecht werden. »Wir brauchen ein umfassendes Paket von politischen und wirtschaftlichen Reformen mit dem Ziel, die Privatisierung grundlegender Infrastruktur rückgängig zu machen«, sagte Morozov in einem Gespräch.²⁹³ Das Ziel sollte »nicht nur darin bestehen, die Abhängigkeit von US-amerikanischen Konzernen zu verringern, sondern die Abhängigkeit von Privatunternehmen insgesamt.« (ebd.) Damit dies

291 Evgeny Morozov (Interview): Big Data für alle, a. a. O., S. 55

292 Christoph Keese: Die Entscheidung lautet ..., a. a. O., S. 24

293 Evgeny Morozov (Gespräch): Don't believe the Hype; in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 3/2015, S. 15

möglich werde, gehe es für die am Gemeinwohl interessierten Kräfte zunächst darum, »wieder eine gewisse Hoheit über die Inhalte und Themen politischer Debatten zu erkämpfen.« (ebd.) Dieses Buch soll einen kleinen Beitrag dazu leisten. Das letzte Wort hat Hans Magnus Enzensberger. Der Schriftsteller meint, solange das Wahlrecht noch existiert, sollte man den Politikern »die Stimme verweigern, wenn sie die digitale Enteignung dulden, statt gegen sie vorzugehen.«²⁹⁴

294 Hans Magnus Enzensberger, Wehrt Euch!, in: Frank Schirrmacher (Hg.): a. a. O., S. 71 f.